Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 M., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 251 | Dienstag, den 26. Oktober 1920 | 11. Jahrgang

Danzigs unentschiedenes Schicksal.

Vor direkten Verhandlungen.

Nach einem Bericht der „D. Z.“ hat sich die Botschafterkonferenz am Montag vormittag unter Vorsitz von Jules Cambon erneut mit der Danziger Frage beschäftigt, nachdem die Danziger Delegation ihr gestern durch eine Note mitgeteilt hatte, daß sie sich trotz der vierstündigen Besprechungen vom Sonnabend nicht zu Verhandlungen mit der polnischen Delegation entschließen könne.

Allem Anschein nach hat die Botschafterkonferenz sich auf den Standpunkt gestellt, daß direkte Verhandlungen zwischen Danzigern und Polen als einziger Weg zu einer Verständigung zu gelten haben. Wahrscheinlich werden die beiden Delegationen ersucht werden, sich damit einverstanden zu erklären. **Die polnische Delegation wünscht diese Verhandlungen natürlich.** Die Danziger Delegation wird kaum geneigt sein, ihre grundsätzliche Auffassung, daß der endgültige Vertragsentwurf der Botschafterkonferenz von dieser selbst in der Begleitnote als unveränderlich bezeichnet worden ist und deshalb ohne Zustimmung der beiden Parteien nicht geändert werden darf, aufzugeben. Es wird aber angenommen, daß sie Versöhnlichkeit beweisen und unter Aufrechterhaltung aller Rechte dem Versuch einer direkten Verständigung nicht aus dem Wege gehen wird. Eine Veränderung des Vertragstextes ohne Zustimmung der Danziger Delegation muß nach Lage der Dinge als ausgeschlossen gelten.

Die Delegation hat ihre Abreise, die für Dienstag angesetzt war, verschoben. Falls es, wie anzunehmen ist, zu Verhandlungen über die polnischen Einwände kommt, wird die Delegation Paris kaum vor Ende dieser Woche verlassen können.

*

Eigenartig ist es, daß die Botschafterkonferenz keinen andern Ausweg sieht, als die Einigung nun den Parteien selbst zu überlassen. Hier bekundet sie selbst sehr wenig Achtung vor der vor ihr gemachten Erklärung, daß an der vorgeschlagenen Konvention nichts mehr geändert werden könne. Die Danziger Delegation hat gewiß keine Veranlassung den machtgierigen Forderungen der Polen nur im kleinsten entgegenzukommen, nur um der Botschafterkonferenz über die Notwendigkeit einer Entscheidung über Polen hinwegzuhelfen. Möge diese gegenüber den immer weitergehenden Wünschen der Polen endlich ein Machtwort sprechen.

Wenn man sich die bisherige entgegenkommende Haltung der Botschafterkonferenz gegenüber Polen vor Augen hält — denn die Konvention steht durchaus nicht so fraglos auf dem Boden des Friedensvertrages, wie die „D. N. N.“ gestern charaktervoll ausführten —, so hat sie sich diesen gegenüber auf eine schiefe Ebene begeben. Rutscht die Botschafterkonferenz noch weiterhin diese Ebene hinab, so hat die Danziger Delegation und mit ihr die Danziger Bevölkerung alle Kraft aufzuwenden, um die vollständige Opferung unserer Freiheit zu verhindern. Daß die Polen keinen andern Wunsch haben, als Danzig ganz zu besitzen, ist uns nur zu bekannt, auch die von den polnischen Wünschen dirigierte französische Presse läßt dies klar erkennen. Wenn z. B. die Pariser Zeitung „Journal“ schreibt, daß England zulassen müsse, daß Danzig ein polnischer Hafen wird, und andere Pariser Zeitungen der Danziger Delegation die Schuld an der noch nicht vollzogenen Unterzeichnung des Vertrages zuschieben wollen, da nach Meinung dieser Blätter die Schwierigkeiten und die Opposition gegen den Vertrag von der Danziger Delegation gemacht werden, so läßt dies alles die glänzende französische Sekundierung der Polen erkennen.

Eine besonders uns erfreuliche Ausnahme in diesem Treiben macht nur das sozialistische Zentralorgan „Humanité“, sowie der radikale „Rappel“. Nur diese sind gegenüber den verschwenderischen Forderungen der Polen zum Teil übergegangen.

In diesen noch dünnen Stimmen der Einsicht, die sich abseits aller nationalen Machtbetze entfalten, wird Danzigs arbeitende Bevölkerung die Hoffnung keimen sehen, daß die Entscheidung der letzigen Machthaber der Welt über die Freiheit und Selbständigkeit der Danziger Bevölkerung keine endgültige sein kann. Noch haben wir die Hoffnung, daß uns die volle Beugung unseres Rechtes erspart bleibt. Die Achtung unserer elementarsten Lebensrechte liegt vorerst in der Hand der Botschafterkonferenz. Ihr liegt die Entscheidung ob, in welchem Sinne die Danziger Arbeiterschaft einem eventuellen Konventionsdiktat gegenübertreten wird. Nicht ganz zuletzt stellt sich die Botschafterkonferenz mit ihrer Entscheidung aber auch selbst das Urteil aus, wie sie von uns und der Geschichte zu werten ist.

Das Wiedergutmachungsdiktat.

Amsterdam, 25. Okt. „Times“ erfahren, daß die französische Regierung auf die englische Antwortnote betreffend die Entschädigungsfrage einen Plan aufgestellt hat, wonach deutsche Delegierte einer Versammlung von Sachverständigen beiwohnen sollen, die durch die Wiedergutmachungskommission ernannt werden. Die Entscheidung über die Maßregeln, die die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen sichern sollen, sollen durch den Obersten Rat nach Empfang des Berichtes der Wiedergutmachungskommission getroffen werden.

Auch diese Lösung der Wiedergutmachungsfrage entspricht nicht den Vereinbarungen in Spa, nach welchen die Frage der Wiedergutmachung unter voller Teilnahme Deutschlands geregelt werden soll.

Der Rigaer Vorfriede ratifiziert.

Posen, 23. Okt. (Funkspruch. W. T. B.) In der heutigen Sejmsitzung wurde der Waffenstillstand und der Vorfriedensvertrag mit Sowjetrußland einstimmig angenommen und das Oberhaupt zur Unterbreitung der Ratifikation im Namen der polnischen Republik ermächtigt.

*

Die Einstellung aller Kampfhandlungen.

Warschau, 25. Okt. (Funkspruch. W. T. B.) Auf der antibolschewistischen Front wurden die Operationen nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes eingestellt.

Auch Moskau meldet, daß die Kampftätigkeit eingestellt ist. Die Truppen werden umgruppiert, um die in den Waffenstillstandsbedingungen vorgesehene Linie zu besetzen.

Der Zug ins Ungewisse.

Berlin, 25. Okt. (W. T. B. Amtlich.) Nachrichten aus Ostpreußen bekunden, daß trotz der Maßnahmen des Oberpräsidenten Bewaffnete die Grenze nach Litauen überschreiten. Hiervor muß immer wieder nachdrücklich gewarnt werden. Abenteuerlustige sollten sich nach den Erfahrungen im Baltikum klar sein, wohin solche Unternehmungen führen und wie unsicher die Vorteile sind, die sie sich auf Grund interessierter Zusicherungen von ihnen versprechen. Die Regierung wird weiter alles tun, um Grenzüberschreitungen zu verhindern.

Vom Reichswehrministerium wird dazu ergänzend mitgeteilt, daß keinerlei Reichswehrangehörige an diesen Vorkommnissen beteiligt sind.

Noch immer Verhandlungen.

London, 24. Okt. Lloyd George, Bonar Law und die anderen Minister hatten heute vormittag in Downing Street eine zweistündige Besprechung mit Vertretern des Bergarbeiterbundes, worauf die letzteren dem Vollzugsausschuß des Bundes Bericht erstatteten. Im Anschluß daran wurde bekanntgegeben, daß die Besprechung Lloyd Georges mit den Vertretern der Bergleute fortgesetzt werden soll.

Der Tod des irischen Märtyrers.

Der Bürgermeister von Cork ist am Sonntag infolge seines Hungerstreikes gestorben. Die Leiche soll nach Irland überführt werden.

In der Energie dieses Mannes spiegelt sich der unerschrockene Mut der Iren in ihrem Freiheitskampf wieder.

*

Sogar im amerikanischen Präsidentenwahlkampf spielt diesmal der Kampf der Iren um ihre Selbständigkeit eine Rolle. So hat der demokratische Präsidentschaftskandidat Cox in einer Rede erklärt, er zweifle nicht einen Augenblick daran, daß Irland seine Freiheit wiedererlangen kann. **Er werde nötigenfalls, wenn er gewählt werde, die Sache Irlands persönlich verteidigen** und zu diesem Zweck an die ganze Welt appellieren. —

Diese Wahlreden klingen [illegible] Ausführungen Wilsons bezüglich des Selbstbestimmungsrechtes verdammt ähnlich, ohne daß auch hier die Tat gefolgt wäre.

Die Autonomie Oberschlesiens.

Deutschland und Oberschlesien gehören zusammen. Wäre für das Reich das Ausscheiden dieses kostbaren Landes ein kaum erträglicher Verlust, so würde auch Oberschlesien unter einem unbedachten Entschluß, der es zu Polen gesellte, bitter leiden müssen. Die oberschlesische Landwirtschaft hat in Deutschland ein sicheres Absatzgebiet, die oberschlesische Industriearbeiterschaft aber kann erst recht die Erfüllung ihrer sozialen Wünsche nur von einer staatlichen Gemeinschaft erwarten, die auf diesem Wege schon ein Stück vorwärts gekommen ist und in der sie an einer politisch und gewerkschaftlich starken Arbeiterklasse Unterstützung findet. **Polen aber ist ein vorwiegend agrarisches Land, das seinen Industriekapitalismus erst entwickeln will und das in allen sozialen Bestrebungen noch weit zurück ist.** Dazu kommt, daß Oberschlesien durch eine jahrhundertelange Geschichte im deutschen Boden verwurzelt ist, es in staatliches Neuland zu verpflanzen wäre ein lebensgefährliches Experiment für das Land und seine Bevölkerung.

Es besteht kein Zweifel daran, daß ein sehr großer Teil der Oberschlesier diese Auffassung teilt und daß er den Uebergang des Landes an Polen als eine Katastrophe empfinden würde. Ein nicht unerheblicher Teil von ihnen ist aber der Meinung, daß ein Verbleiben Oberschlesiens in seiner bisherigen staatsrechtlichen Stellung als Teil einer preußischen Provinz kein Vorteil für das Land sein würde. Die Parole **„Oberschlesien den Oberschlesiern!“** hat eine nicht geringe Kraft über die Köpfe gewonnen: man will weder preußisch- noch polnisch-zentralistisch regiert sein.

Die Republik Polen ist dieser Strömung in der oberschlesischen Bevölkerung entgegengekommen, sie hat ihr als Köder ein Gesetz über die Autonomie der Wojewodschaft Schlesien hingeworfen. Sehr stark dürfte indes die Anziehungskraft dieses Geschenkes bei näherer Betrachtung nicht sein. Denn die versprochene Autonomie im Rahmen der polnischen Republik bedeutet weniger als die provinziale Autonomie im Rahmen des preußischen Freistaats und sicherlich unendlich weniger als die Oberschlesien nun gesicherte volle bundesstaatliche Selbständigkeit im Rahmen des Deutschen Reiches. Während das polnische Gesetz die Einsetzung eines Wojewoden, eines Statthalters, von Warschau aus vorsieht, gibt die bundesstaatliche Selbständigkeit Oberschlesien eine Regierung, die aus dem Willen der oberschlesischen Bevölkerung selbst hervorgeht und nur dem künftigen oberschlesischen Landtag verantwortlich ist. Oberschlesien wird, wenn es will, als deutscher Bundesstaat von einer oberschlesischen Regierung regiert und von oberschlesischen Beamten verwaltet werden, es wird in der Ordnung seiner inneren Angelegenheiten dieselbe Bewegungsfreiheit besitzen wie Sachsen, Bayern oder Preußen selbst.

Den Weg zu dieser Selbständigkeit zeigt der Artikel 18 der Reichsverfassung. Wenn ein Reichsgebiet seine innerstaatliche Zugehörigkeit ändern oder selbständiger Bundesstaat werden will, so muß zunächst ein Drittel seiner wahlberechtigten Bevölkerung Volksabstimmung verlangen. Diese ist sodann vorzunehmen und die Aenderung oder Neubildung gilt als beschlossen, wenn drei Fünftel der Abstimmenden, mindestens aber die Hälfte der Stimmberechtigten für sie stimmen. Nach Feststellung der Zustimmung der Bevölkerung hat die Reichsregierung dem Reichstag ein entsprechendes Gesetz zur Beschlußfassung vorzulegen.

Nach dem normalen Gang der Dinge bestände also eine letzte Möglichkeit, daß der verfassungsmäßig zum Ausdruck gebrachte Wunsch Oberschlesiens infolge Ablehnung des entsprechenden Gesetzes durch den Reichstag keine Erfüllung fände. Hier setzt nun die neue Aktion der Reichsregierung ein. Das entsprechende Gesetz soll vom Reichstag nicht erst nach der Abstimmung, sondern schon vor ihr verabschiedet werden, so daß ein späterer Beschluß der oberschlesischen Bevölkerung, das Land in einen deutschen Bundesstaat zu umwandeln, [illegible] wegen [illegible] Damit wird der polnischen Behauptung, Deutschland meine es mit der oberschlesischen Autonomie nicht ernst, auch der letzte Schein von Glaubwürdigkeit genommen.

Es ist nicht zu verkennen, daß gegen den Weg, der damit unwiderruflich beschritten ist, Bedenken geltend gemacht werden konnten. Auf keinen Fall darf das oberschlesische Beispiel zum Signal für eine Bewegung werden, die wahllos aus dem Gefüge Preußens ein Stück nach dem andern herausreißt. So gewiß Preußen dazu bestimmt ist, allmählich im Reiche aufzugehen, so muß doch in diesem Prozeß, der über die Verstärkung der provinziellen Autonomie geht, Plan und Methode gebracht werden, damit er bei seinem Abschluß zu festen, staatsrechtlichen Formen führt.

Oberschlesien ist nun durch die Besonderheit der gegebenen Verhältnisse in der Lage, diese Stufen überspringen zu können. Es wird, wenn es sich für sein Verbleiben im

Reiche erklärt, durch eine zweite Abstimmung ohne weiteres zum selbständigen Bundesstaat aufrücken können, ohne auch nur die geringsten Hemmungen auf diesem Wege mehr befürchten zu müssen. Seine Stellung als selbständiger Teil des Ganzen wird auch seine Befürchtungen einer etwa doch möglichen Wiederkehr der alten preußischen Hakatistenpolitik zerstreuen. Es wird dann sicher sein, weder einen polnischen Bürgermeister aus Warschau zu bekommen, noch einen preußischen Oberpräsidenten aus Berlin.

Die Bestimmungen des angefindigten Gesetzes ist nicht [illegible] der Reichsregierung geändert. Das Zentrum setzt, indem es dafür eintrat, dem Zuge seines Herzens [illegible] auch die anderen Parteien mit den sich der Sache [illegible] verschlossen, daß es kein Zurück gibt. Was insbesondere die Sozialdemokratische Partei betrifft, so steht sie auf dem Standpunkt des, was man macht, auch ganz machen muß und ist deshalb, daß die [illegible] Wort auch [illegible] wird. Von Oberschlesien [illegible] eine [illegible] Tauf[illegible] Abstimmung [illegible] wird, dürften [illegible] Polonisierung [illegible] Oberschlesien [illegible] dessen [illegible] zu kommen. Wie das Land, das [illegible] verhindert, noch das [illegible] werden, dafür [illegible] Oberschlesien [illegible] Deutschland [illegible] kann."

Kriegsschauplatz Oberschlesien.

Beuthen, 23. Okt. (W. T. B.) Die Zusammenziehung der Sicherheitstruppen zeigt sich gestern ein anderes Bild, insbesondere Tanks in größerer Zahl in Oberschlesien auftreten. [illegible] am Sonnabend vormittag in Beuthen 16 Tanks [illegible] in anderen oberschlesischen Städten sind am Sonnabend Tanks in Erscheinung getreten.

[illegible] dem ein Ende sein soll, daß der von Paris auf [illegible] General Le Rond, der bisherige [illegible] der [illegible] Generalstabschef, endlich gemäß [illegible] Oberschlesiens gegen polnische Angriffe zu [illegible] zurückkehrt.

Polen nach dem Rigaer Frieden.

[illegible]

Die polnische Regierung, die den Rigaer Frieden abgeschlossen hat, setzt sich zusammen aus der von dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten Witos geführten Bauernpartei und denjenigen Sozialisten, welche der Führung des gegenwärtig stellvertretenden Ministerpräsidenten Daszynski folgen. Diese Regierung hängt sowohl im Parlament wie vor allem in der Verwaltung vom Wohlwollen der „Nationaldemokraten" ab, jener Partei, die alte Traditionen der polnischen Schlachtizzenpolitik übernommen hat. Die polnischen Genossen haben unter dem Druck des Krieges als Patrioten sich in jene Stellung hineindrängen lassen, die wir deutschen Sozialdemokraten nach den letzten Wahlen glücklicherweise abgelehnt haben. Sie sind als Minderheit innerhalb einer Koalition in die Regierung eingetreten. Wie stark der Einfluß der „Nationaldemokraten" gerade auf den Inhalt des Rigaer Vertrages war, geht schon daraus hervor, daß der Minister des Äußeren im Kabinett Witos-Daszynski, Fürst Sapieha, keiner der beiden Koalitionsparteien angehört, sondern sehr weit rechts steht. Von den beiden führenden Friedensunterhändlern in Riga war der eine der Bauerndemokrat Dombski, der andere der Nationaldemokrat Grabski.

Der Rigaer Frieden ist aus diesen Gründen der innere Politik Polens — denn Polens Wünsche haben keinen Inhalt bestimmt, da die Sowjetregierung, von Süden und Osten her bedrängt, an Westen alles bewilligen mußte — ein Bauernfriede geworden. Er bringt Polen wohl Land, aber wenig Geld. Noch stärker also wie bisher wird Polen in der nächsten Zeit und noch stärker als gegenwärtig Deutschland im Zeichen des Zwangs zur Kapitalbeschaffung stehen. Der wirtschaftliche Charakter des Landes wird in noch höherem Maße als bisher agrarisch sein. Da das neue Gebiet wenig kultiviert, schlecht besiedelt, durch die Kriege der letzten Jahre verwüstet ist, werden die Ernährungsverhältnisse, zumal bei dem schlechten Stand der Verkehrsorganisation dadurch auf lange Zeit hinaus wenig gebessert werden. Die politischen Wirkungen der Verschiebung des wirtschaftlichen Charakters werden sich jedenfalls rascher bemerkbar machen. Der Arbeiter wird in Polen noch weniger zu sagen haben als wie bisher. Hier liegt einer der Gründe, aus dem heraus die an sich, wie wir darlegten, nicht sehr einflußreiche Demokratische Partei Annexionsabsichten auf Wilna und auf Oberschlesien mindestens keinen Widerstand entgegensetzt.

Dasselbe hilft augenscheinlich, daß der oberschlesische Arbeiter und der Wilnaer Proletarier helfen, daß sich die traurigen politischen Aussichten des Sozialismus in Polen bessern; er rechnet augenscheinlich damit, daß mindestens der Arbeiter aus Oberschlesien, der die Errungenschaften der deutschen Revolution kennen gelernt hat, sich so abgrundtief nicht herunterwirtschaften lassen wird, wie dies der polnische Arbeiter in Lodz und in Warschau heute noch tut. Die Verzweiflungsstreiks, die in Polen in der letzten Zeit immer wieder ausbrachen, sprechen ja eine deutliche Sprache.

Daß der Rigaer Friede von Sowjet-Rußland nicht alles Erreichbare fordert (z. B. Geld!), beruht einmal auf der alten Ueberlieferung der polnischen Nationaldemokraten: mit Groß-Rußland, auf dessen bolschewistenfreies Wiedererstehen sie augenscheinlich rechnen, in ein gutes Verhältnis zu kommen, neben diesem zukünftigen Groß-Rußland aber der einzige westliche Randstaat auf dem Boden des alten Zarenreiches zu werden. Das zukünftige Groß-Rußland wird auf Kosten der Ukrainer und Litauer gebaut. Die eine Million Weißrussen und die eine Million Ukrainer (Ruthenen) dagegen werden mit Hilfe der Schule und durch das Mittel der Verwaltung gewaltsam polonisiert werden. Polen wird auf diese Politik der Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts anderer Völker, durch den Friedensschluß von Riga auf absehbare Zeit hinaus festgelegt. Auch die Zahl der Juden wird ja, wie angegeben, um eine halbe Million vergrößert. Da die polnische Feudalklasse die neue Erbitterung des Volkes über das wirtschaftliche Elend nach alter Tradition auf Juden und Deutsche abgelenkt hat, und da die Juden ebenso wie die Deutschen sich der niedrigen Bildung ihrer Umgebung im ganzen meist assimiliert haben, besteht auch unter ihnen eine starke Tendenz zur Selbsterhaltung als eigene Nation. Ganz das Gleiche gilt selbstverständlich von den Deutschen in Pommerellen wie in den andern Landesteilen.

Um nicht vollends Nationalitätenstaat zu werden, wird Polen also eine Politik treiben müssen, in der eine stark feudale und sehr minderwertige Verwaltung sich bemühen wird, ihr preußisches Vorbild aus der Zeit der Ostmarkenpolitik noch zu übertreffen.

Nach dem bisherigen Proben gegenüber der deutschen Minderheit zu urteilen, wird diese Politik der Vergewaltigung nationaler Minderheiten sicherlich einen Brutalitätsrekord erreichen. Parlamentarische Kontrolle und jede Form von Demokratie wird demgegenüber in Polen in der nächsten Zeit, um den so stark gewordenen nationalen Minderheiten den Mund zu stopfen, zweifellos abgedrosselt werden.

Die polnische Politik wird versuchen in nächster Zeit noch stärker als bisher nach rechts zu rücken. Der Landhunger der polnischen Bauern, die rücksichtslose Polonisierungspraxis des polnischen Beamten, die durch die Kapitalnot bedingte Abhängigkeit von den Börsen der Westländer wird sie beherrschen. Industrie und Industriearbeit und damit auch die Arbeiterschaft wird nur als Steuerobjekt etwas zu bedeuten haben. In dieser Richtung liegen auch bereits die Versuche zur Umbildung der Regierung aus Bauern und Sozialisten, die zum Kriegführen unter Kontrolle der Nationaldemokraten gut genug war, in eine Regierung, in die sich die Schlachtschitzen, das heißt die polnischen Junker, und die Großbauern teilen. Daß eine solche Regierung über kurz oder lang kommt und daß sie extrem arbeiterfeindlich werden muß, scheint schon heute sicher zu sein. Wenn ihre Bildung verzögert wird, so ausschließlich durch die Rücksicht auf die oberschlesische Abstimmung, in der man die letzten Arbeiterstimmen verlieren würde, wenn man die tatsächlichen Machtverhältnisse in Polen vorher zu offen aufdeckte. Zum kleinen Teil steht ja die Arbeiterschaft Oberschlesiens unter der Nachwirkung der Verbote deutscher „nationaler" Feudalkapitalisten, sich in der deutschen Arbeiterbewegung zu organisieren, und ist dadurch der polnischen Agitation an einzelnen Stellen ausgesetzt. Im übrigen wird sie sich im Abstimmungskampf über die Aussichten des Arbeiters in Polen wenig vormachen lassen.

Falsch wäre aber die Meinung, daß diese wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in absehbarer Zeit dem ganzen wackeligen Polenstaat den Garaus machen könnten. Die industrielle Arbeiterschaft in Polen ist in jedem Falle zu schwach und zu direktionslos, und die Landarbeiterschaft viel zu wenig aufgeklärt, um der imperialistischen Politik der polnischen Feudalklasse erheblichen Widerstand zu leisten, und wenn sie auch darüber in Hunger und Schmutz völlig verkommt. So wird Polen in all seinem wirtschaftlichen Elend und seiner politischen Unfreiheit als Militärmacht doch in der nächsten Zeit nicht ohne Bedeutung sein. Jedenfalls bleibt Polen bedeutend genug, um jede bolschewistische Offensive nach Mittel- und Westeuropa und schon nach dem Baltikum aufzuhalten und Rußland und Deutschland auf lange Zeit hinaus durch den neuen Riegel nördlich von Ostpreußen völlig zu trennen.

Die Zensur in der „Freiheit".

Mehrere Tage wies die „Freiheit", das Berliner Organ der Rechts-U. S. P., Zensurlücken auf, und zwar in der Spalte „Aus den Organisationen". Mehrere Handsetzer, die Neukommunisten sind, weigerten sich nämlich seit der Spaltung, Organisationsmitteilungen des rechten Flügels zu bringen. Gegen diese Anmaßung einer politischen Zensur, die gegen einen Beschluß des Betriebsrates, sich jeden Eingriff in die Rechte der Redaktion zu enthalten, gehandhabt wird, hat nun die Redaktion eine Entscheidung der Tarifinstanzen angerufen. Es wurde eine Verwarnung vom Tarifamt ausgesprochen und bei weiterer Handhabung dieser Zensur mit fristloser Entlassung gedroht. Trotz dieses Machtspruches zeigte aber die „Freiheit" weiter den weißen Fleck, ein Beweis, daß die Setzer der „Freiheit" auf die Ausübung ihrer Zensur nicht verzichten wollten. Inzwischen sollen, wie die „Freiheit" mitteilt, die Differenzen beigelegt sein.

Der „Freiheit" bleiben anscheinend keine Folgen der von ihr erst so heiß gepriesenen Diktatur erspart. Jedenfalls haben die zensursüchtigen Setzer die Moskauer 21 Thesen sehr eingehend studiert und war es sicherlich am naheliegendsten, die darin ausgesprochene Zensur der Zeitungen an einem Blatte vorzunehmen, das den Moskauer Gewaltbefehlen noch am nächsten steht.

Kleine Nachrichten.

Der städtische Streik in Bremen.

Bremen, 25. Okt. (W. T. B.) Das technische Personal der städtischen Bühnen hat sich dem Ausstande angeschlossen, außerdem 250 Arbeiter der Betriebswerkstätte der Straßenbahn. Die Kaffeehäuser und die Arbeiter der Friedhofsinspektion sind ebenfalls in den Ausstand getreten. Auch die Müllabfuhr streikt!

*

Verhaftetes Schieberpaar.

Berlin, 25. Okt. (W. T. B.) Durch die Berliner Kriminalpolizei sind in Ilsenburg die Gebrüder Henkel aus Steglitz und die aus Zittau gebürtige Witwe eines griechischen Offiziers verhaftet worden. Georg Henkel hatte sich durch Diebstahl, Unterschlagung und Betrügereien bei Bankhäusern in Berlin, Siegen und Frankfurt in den Besitz von nahezu 300 000 Mark zu setzen gewußt. Mit diesem Gelde unternahmen die drei Verhafteten Schiebergeschäfte.

Kleines Feuilleton.

Wie das Erdöl entsteht.

„Nicht Gold und nicht Diamanten können mit dem Reichtum unserer Erdölager wetteifern. Die russischen Erdölager der Halbinsel Apscheron sind der größte Bodenschatz, der je vom Menschen gehoben, die größte Energie-Konzentration, die menschlicher Ausbeute zugänglich geworden."

Mit solchen Worten kennzeichnet Ernst Blumer die ungeheure Bedeutung dieser unterirdischen Kräfte in seiner „Geschichte des Erdöls", über die Rudolf Hundt in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift" berichtet. Wie sind nun diese seit einem halben Jahrhundert systematisch von uns ausgebeuteten Bodenschätze entstanden? Die Erdöllager sind nichts anderes als die notwendige Ergänzung zu den Versteinerungen unserer Kohlenlager. Ihre Quelle war das absterbende Leben der alten Weltmeere. Alle großen Oelfelder liegen in alten Flachseegebieten ausgetrockneter Salz- oder Binnenmeere. So sind die galizischen und rumänischen Lager zur Tertiärzeit im Schwarzen Meer entstanden, die von Apscheron und die um die Kaspische See im früher umfangreicheren Kaspischen Meere, die von Mesopotamien am damals weiter nach Norden reichenden Persischen Golf, die von Birma im ausgedehnten Meerbusen von Pegu, alle im Bereich des Meerbusens von Mexiko, die Oellagerstätten des Innern von Nordamerika gehören früheren Binnenmeeren an. Es sind die letztreichen Reste von Tieren und niedern Pflanzen, die in ihrer Umhüllung nach ihrem Tode allmählich zu Erdöl, Erdgas, Erdpech und Erdwachs verwandelt wurden. Man unterscheidet die schwarzen schweren Asphaltöle und die braun-grünlichen Paraffinöle. Im Zusammenhang mit diesem chemischen Prozeß wird das die Oelregionen begleitende Wasser salzhaltig; die Sulfate werden zu Sulfiden und Schwefeleisen sowie Schwefelwasserstoff treten auf. Die entstehende Kohlensäure bewirkt ein Schwinden der Versteinungsreste, und wenn die Schlammassen sich verfestigen, tritt eine Wanderung von Erdöl und Salzwasser ein, die nach porösen Sand- und Kalkhorizonten hinstreben. Bald aber hört die Wandrung auf und die in Sand- und Kalkschichten eingeschlossenen Erdöl- und Erdgasmengen werden durch Tone und Mergel hermetisch abgeschlossen. Die Mächtigkeit solcher führenden Schichten kann mehrere Meter bis einige tausend Quadratmeter ausmachen. Durch die Verwitterung werden die Erdöllagerstätten angeschnitten und es entstehen Quellen, Gasbrunnen, Schlammvulkane, Schwefelthermen. Schon seit Jahrtausenden sind diese Oelvorkommen bekannt und werden in sehr vielen alten Berichten der Aegypter, Babylonier und Perser erwähnt. Der Feuerkult der Perser und der Bewohner von Apscheron geht auf diese Fundstellen zurück. Seit 1867 erbohrt der Mensch bis zu 1500 Metern Tiefe die Erdöllagerstätten. Jedes Oelfeld besitzt eine bestimmte Lebensdauer, die von dem Reichtum, der Konzentration und dem Drucke der Lagerstätte abhängig ist. Während manche Oelbrunnen nur einen Bruchteil eines Jahres leben, halten andre eine Anzahl von Jahrzehnten vor. Die Brunnen geben die verschiedensten Mengen von Bruchteilen eines Liters bis zu mehreren hundert Litern. Bei einer Bohrung sind einmal an einem Tage 23 Millionen Liter Erdöl gewonnen worden, zu deren Abtransport man 100 Eisenbahnzüge mit je 25 Wagen brauchte. Aus manchen Brunnen erhält man mehrere Millionen Tonnen. Ueber eine Billion Liter Erdöl wurde in den letzten 6 Jahrzehnten gewonnen, eine Menge, die einen Würfel von 10 Kilometern Kantenlänge ausfüllen würde und die ganze Erdoberfläche mit einer Schicht von 2 Millimeter Dicke bedecken könnte. Zwei Drittel dieser Menge stammte aus Nordamerika, fast ein Drittel aus Rußland.

Valuta.

„. . . was ist Valuta?" fragte mich kürzlich ein Freund.

„Valuta . . .? Na, das ist eben die Valuta . . ."

„Falsch! Valuta ist was ganz anderes!"

Da erinnerte ich mich gelesen zu haben, daß in einem Witzblatt stand, Valuta sei ein Mädchenname. Nun weiß ich aber auch, daß Valuta soviel wie: unser heutiger Geldwert heißt.

Aber das wußte anscheinend mein Freund nicht; er wollte bloß hören, was ich darunter verstehe, um dann mit meiner Weisheit prahlen zu können.

Na wart, dachte ich, du kriegst die richtige Antwort. Deshalb sagte ich: „Ja, richtig! Valuta ist ein tückisches Ding! Alle Zeitungen schimpfen über sie. Sogar die Reichsregierung. Sie ist ein internationales Freudenmädchen, das nur dem Amerikaner richtig gut ist." Man sagt ja auch immer: „Die Valuta ist in Amerika gut."

Bei uns ist sie rappelkippisch! Bald fällt sie — und alle wollen sie dann emporziehen! Wenn sie steigt, kommen die Schieber und zerren sie wieder runter — ein richtiges Freudenmädchen.

Manchmal macht sie tolle Sprünge: die ganze Börse macht davon — sie ist halt auch noch jung oder schon im gefährlichen Alter. Genau weiß ich es nicht!

Wenn ich sie mal erwische, will ich ihr mit Hamlet sagen: „Geh ins Kloster, Ophelia — dort bist du gut aufgehoben und bist uns wenigstens in Ruhe." Aber ob sie es tun wird! Ich glaube nicht!

Jetzt ist sie gar nach Brüssel eingeladen. Dort ist Finanzkonferenz der Entente. Von den Männern der Wissenschaft soll sie sich untersuchen lassen, medizinisch-ökonomisch! Weil sie krank ist; sie hat die Fallsucht! Aber wenn sie auch Medizin kriegt, gesund wird sie doch nicht!

Sie ist halt ein Freudenmädchen . . .

Aber meine Antwort richtig?

*

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 251 | Dienstag, den 26. Oktober 1920 | 11. Jahrgang

Post-Bezieher.

Damit in der Zustellung der „Danziger Volksstimme" für unsere Postabonnenten keine Unterbrechung eintritt, empfiehlt es sich, die **Bestellung für den Monat November sofort zu erneuern.**

Die „Danziger Volksstimme"

kostet durch die Post bezogen
monatlich 4,50 M. und 30 Pfg. Bestellgeld,
vierteljährlich 13,50 M. und 90 Pfg. Bestellgeld.

Postabonnenten im polnischen Gebiet wollen denselben Betrag im Einschreibebrief in deutscher Währung an uns einsenden.

Verlag der „Danziger Volksstimme"
Am Spendhaus 6.

Danziger Nachrichten.

Was sollen unsere Kinder werden?

So manche Mutter, so mancher Vater seufzt sorgenvoll unter der Frage. Sie ist in der Tat von größter Wichtigkeit. Daß wir unsere Kinder den rechten Beruf finden, davon hängt nicht nur Wohl und Wehe unserer Kinder, nicht nur unser eignes ab, sondern die ganze Zukunft unseres Geschlechts überhaupt. Darum eine eingehende Berufsberatung nötig. Zumal der Einzelne oft nicht imstande ist, sich in dem Labyrinth des Wirtschaftslebens zurechtzufinden. Die Berufsberatung ist eine gegebene Stelle, die Einzelnen beraten kann.

Der steigende Besuch der Berufsberatungsstelle legt Zeugnis ab, daß sich diese Beratung bewährt hat. Während bei der männlichen Berufsberatung im vorigen Jahre (April 1919 bis März 1920) 1238 Besucher zu verzeichnen waren, sind im verflossenen Halbjahr von April 1920 bis September 1920 schon 1673 Besucher zu verzeichnen, die entweder Rat haben oder eine Lehrstelle antreten wollten. Diesen Besuchern konnten 389 Stellen vermittelt werden. Es angeboten wurden 300 Stellen, ein größerer Teil der Stellen war noch vom vorigen Halbjahr übrig geblieben. Von den besetzten Stellen waren 43 außerhalb der Stadt Danzig, angeboten wurden außerhalb 59 neue Stellen. Mehr und mehr dehnt sich die Tätigkeit der Berufsberatung über den Freistaat aus.

Neu aus der Schule entlassen wurden 545 Knaben und 605 Mädchen. Interessant ist die ins Auge gefaßte Berufswahl der neu entlassenen Knaben und Mädchen.

Es wollen werden: Tischler 125, Schlosser- und Maschinenbauer 78, Elektriker und Mechaniker 45. (der Zudrang zu diesen Modeberufen hat etwas abgenommen), Kaufleute 25. Unentschlossen 64. Ungelernte Arbeiter 38.

Von den Mädchen meldeten sich für Konter 66, Putz 34, Schneiderei 248, Gärtnerei 5, Verkauf 38, Frisieren 4, Weißnähen 4. Unentschlossen waren 186, ungelernte Arbeit 18, Haushalt 72, Kinderpflege 5.

Der Besuch in der weiblichen Berufsberatungsstelle betrug in der Zeit von April 1919 bis März 1920: 342, im letzten Halbjahr dagegen schon 493 (davon 354 erstmalige und 139 Wiederbesucher). Die Unterbringung in Lehrstellen wurde durch die wirtschaftliche Lage noch immer ungünstig beeinflußt. Von den 179 sich um eine Lehrstelle bemühenden Mädchen konnten nur 61 untergebracht werden.

Neu aufgenommen wurde die Beratung für akademische und höhere Berufe, die in der Organisation begriffen ist, und durch planmäßige Arbeit mit den höheren Lehranstalten des ganzen Freistaates den höheren Schülern die Wege in das für sie heute sehr schwierige Berufsleben oder auch in das Studium ebnen helfen soll. Diese akademische Berufsberatung ist schon heute in der Lage, alle wesentlichen Auskünfte zu geben und ist auch schon von einer ganzen Reihe von Ratsuchenden aufgesucht worden.

Die Oeffentlichkeit im Freistaat Danzig wird nachdrücklich immer wieder auf diese gemeinnützigen und unparteiischen Arbeiten der Berufsberatung hingewiesen, und die Firmen werden insonderheit gebeten, sie durch Anmeldung ihres Lehrlingsbedarfes zu unterstützen; zumal die Berufsberatung und Lehrstellen-Vermittelung kostenlos geschieht.

Zwangseinquartierung.

2. Vorstellung des Arbeiter-Bildungsausschusses.

Auch bei dieser Vorstellung hatte sich ein zahlreiches Publikum eingefunden. Ein Zeichen dafür, daß es bitter notwendig ist, den älteren der Arbeiterschaft das Theater zu annehmbaren Preisen zu öffnen. Im Gegensatz zur ersten Vorstellung, in der ein ernster Ton vorherrschte, hatte man in dem heiteren Schwank „Zwangseinquartierung" ein Stück gefunden, bei dem alle Lacher auf ihre Rechnung kamen. Die Rollen im Schwank waren gut verteilt. Erich Sterneck als Kommissionsrat, Anton Schwalbe trug viel dazu bei, daß recht herzhaft und anhaltend gelacht wurde. Die Art des Kommissionsrates, seine Erregung durch das Anziehen der Bremse zu dämpfen, wird sicherlich viel Nachahmer finden. Dr. Hans Hellwig wurde durch Rudolf Schwannecke gut gespielt. Auch Etelka Kerekeshazy — Erika Fels — spielte vortrefflich. Hervorzuheben wären noch Margarete Lichtenstein als Tochter des Kompagnons und Anna und Karl — Frieda Werner und Fritz Blumhoff als Kochen und Diener bei Schwalbe. Auch Johanna Galleiske-Prost als Frau Bellmann, William Wertheim als der Kompagnon Schwalbes, Kurt Lessing als sein Neffe und Gustav Nord als Wilhelm Lenke taten ihr Bestes um das Publikum in recht heitere Stimmung zu versetzen, wofür sehr lebhaft und freudig gedankt wurde.

Die Leiden des Landproletariats.

In welchen elenden Wohnungsverhältnissen unsere arbeitende Landbevölkerschaft sich gerade jetzt befindet und dabei noch oft genug der Willkür des Besitzers ausgeliefert ist, haben wir schon des öfteren illustriert. Heute ein besonderer Fall.

Im Nov. 1919 zog der Chausseearbeiter Slommrock mit seiner Frau und seinen 3 Kindern nach Vorrenschin in ein Haus des Gutshof, Wendt zur Miete. Am 23. 12. verunglückte der Mann tödlich, indem er von einem Chausseebaum erschlagen wurde. Wendt hatte nun nichts eiligeres zu tun, als die Witwe mit ihren Kindern aus der bisherigen Wohnung herauszusetzen und diese in eine andere Wohnung zu bringen, die als solche nicht angesprochen werden kann. Das Wasser läuft in Strömen durch das Dach, so daß die wenigen Habseligkeiten der Frau vernichtet wurden. Die Frau hat noch einem Kinde das Leben geschenkt und ist es ihr unmöglich, mit ihren Kindern in dieser Wohnung zu hausen. Sie mußte nun bei ihren Eltern in Meyn Unterkunft. Aber auch dort wird sie von dem dortigen Besitzer Kaski fortgesetzt aufgefordert, die elterliche Wohnung zu verlassen. Wendt läßt die Wohnung nicht herrichten, sondern drohte sogar, daß er, wenn die Frau die Wohnung bis Ende des Monats nicht räumt, die Sachen auf die Straße setzen will. Auf die inständige Bitte der Frau, dieses nicht zu tun, erklärte er: „Ach wat, ich werfe Sie raus, dann werden Sie schon wissen wo Sie hinsollen!"

Der Kreisausschuß ist von diesen Vorgängen unterrichtet worden und hat in Veranlassung haben, nicht nur allerschleunigst für Instandsetzung der Wohnung zu sorgen, sondern auch diesen gewiß nicht notleidenden Agrarier etwas sehr energisch auf die Finger zu sehen, daß er sich ein derartiges Verfahren für alle Zeiten abgewöhnt. Für die Deutschnationale Volkspartei eine besondere Illustration zu dem volksfeindlichen Verhalten ihrer Parteigänger.

Verkrüppelungen bei der Rachitis (englische Krankheit).

Unter den Krankheiten, die am häufigsten zur Verkrüppelung führen, steht die Rachitis, die infolge der Unterernährung gewaltig um sich gegriffen hat, obenan. Die Erweichung der Knochen — darin besteht im Wesentlichen die Erkrankung — hat deren Verbiegung zur Folge. Der Brustkorb wird verunstaltet, es entsteht die „Hühnerbrust" mit dem spitz vorgeschobenen Brustbein oder die „Trichterbrust", bei der das Brustbein tief eingezogen ist, die Wirbelsäule wird schief, das Wachstum bleibt zurück, die Beine verkrümmen sich zu X oder O-Beinen, auch der Schädel erleidet eine ihn zeitlebens an die Rachitis mahnende Veränderung. Im Volke herrschen über diese Dinge noch vielfach falsche Vorstellungen; ganz abgesehen vom Aberglauben, der gerade hier die krassesten Blüten treibt, sehen viele Eltern in den krummen Gliedern ihrer Kinder nur einen Schönheitsfehler.

Es ist mehr als dieses. Das krumme Bein zeigt bald auch eine Veränderung der Gelenke, es entwickelt sich in ihnen eine chronische Gelenkentzündung, die dem Erwachsenen in seinem Berufsleben viel zu schaffen macht. Die schiefe rachitische Wirbelsäule neigt zur schnellen Verschlechterung, die eine Seite tritt immer stärker gewölbt hervor, Hüften und Schultern werden ungleich, das Wachstum wird beeinträchtigt, es kommt zur Verlagerung der Innenorgane, des Herzens, der Lunge, des Magens usw. und somit wiederum zur dauernden Schädigung. Und gegenüber all diesen Schädigungen, die in ihrer Schwere gar nicht kraß genug beschrieben werden können, die vollkommene Sicherheit der Heilung, wenn die Behandlung nur frühzeitig genug beginnt. Durch eine Aenderung der Nahrung, durch Sonnen- und Salzbäder usw. können die Rachitisfälle vollkommen ausheilen, durch Stützung der Glieder und des Rückens, die Verkrümmung verhütet werden; sind sie aber bereits eingetreten, so kann durch sorgsame orthopädische Behandlung mit Turnen, Korsetts und Bandagen usw. die Verkrümmung entweder völlig beseitigt oder erheblich gebessert und auf alle Fälle der Eintritt weiterer Verschlechterung verhütet werden.

Erhöhte Einfuhr von Tabak und Spirituosen. Nachdem es bereits vor einiger Zeit gelungen war, die Genehmigung zur Einfuhr von Zigarettentabak in größerem Umfange zu erlangen und dadurch die Zigarettenfabriken in die Lage zu versetzen, ihren Betrieb, dessen Einstellung infolge Mangel an Rohstoffen zu befürchten war, aufrechtzuerhalten, ist es nunmehr gelungen, auch andere Rohstoffe zur Belebung der hiesigen Industrie einführen zu können. Die Berliner Zentralstellen haben sich damit einverstanden erklärt, daß in größerem Umfange Rum, Arrak und Kognak eingeführt werden darf. Des weiteren ist Einverständnis dahin erzielt, daß auch die Einfuhr von Bordeaux- und Südweinen in gewissem Rahmen erfolgen darf.

Die erforderlichen weiteren Maßnahmen, in welcher Weise diese Einfuhr gehandhabt werden soll, werden in nächster Zeit getroffen werden.

Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Linden.

(Fortsetzung.)

Hermann sagte zu seiner Frau: „Kümmere dich nicht um meine Geschäfte, ich bin kein Tippelgucker und lasse dir freie Hand."

Luise seufzte. Sie hatte ihre beiden Kinder mit Freude erwartet, aber an das Kind, das sie jetzt zur Welt bringen sollte, dachte sie voller Kummer. In der letzten Zeit war Hermann mehrmals nicht nüchtern heimgekehrt. Das hatte Luise viele Tränen gekostet. Eines Abends kehrte er nicht heim. Voller Angst wartete sie auf ihn. Lange nach Mitternacht näherten sich schwere unsichere Schritte dem Hause, die unglückliche Frau sah aus dem Fenster und erkannte ihren Mann, der vollständig berauscht heimkam. Sie fragte ihn entsetzt:

„Hermann, denkst du nicht an deine Kinder?"

Er schaute sie mit blöden Blicken an, taumelte an ihr vorüber, fiel schwer wie ein Klotz auf sein Bett nieder und schnarchte bald laut, daß man ihn ein paar Stuben weit hörte.

Weinend zog ihm Luise die Stiefel von den Füßen. Mit großer Mühe gelang es ihr dann, ihn zu entkleiden. Er hatte den Mund geöffnet, dem ein widerlicher Fuselgeruch entströmte, und sein blasses Gesicht war durch einen Zug entstellt, der Luise fremd war. Als der Morgen anbrach, lag Hermann noch in einem bleischweren Schlummer, aber Luise, die wenig geschlafen hatte, stand wieder vor großen Wirtschaft vor. Durch Pauline erfuhr Luise, daß die deutschnationalen Silberaktien, die Hermann auf den Rat des Bruders gekauft hatte, fast wertlos waren, und daß Hermann sich sehr darüber berauscht hatte. Wein war ihm nicht scharf genug, er hatte halb Schnaps gewählt. Als die große Holzauktion stattfand, die Birkner kein Geld und mußte ihr fern bleiben, sie mußte auch wegen Geldmangel einen sehr vorteilhaften Waldkauf stehen lassen, weil der Besitzer nur gegen bar verkaufte. Er ging und fand im Branntwein Vergessenheit. Zuvor aber hatte er seinen Bruder mit Vorwürfen überhäuft, aber Ernst hatte kalt gegenet:

„Ein Mal ist nich immer. Natürlich verliert man mitunter, das nächste Mal werden wir mehr Glück haben."

„Auf die Brücke trete ich nicht mehr," versicherte Hermann. „Wenn das so weiter ginge, dann könne ich schnell von Haus und Hof und könnte irgendwo als Schmiedegeselle eintreten. Das gebrannte Kind scheut das Feuer!"

Ernst lächelte nur spöttisch. Er wollte schon dafür sorgen, daß Hermann seine guten Vorsätze nicht hielt. Der Gastwirt beabsichtigte, seinem Bruder möglichst viel Geld zu leihen und eine Hypothek nach der andern auf Hermanns Besitzung eintragen zu lassen, wenn es zur Subhastation kam, wollte er die Besitzung für seine Tochter Minna erwerben. Den Gasthof sollte Paul übernehmen. Von Traugott glaubte niemand, daß er die Mündigkeit erreichen würde.

Seit Birkner angefangen hatte zu trinken, gingen seine Geschäfte rückwärts. Früher hatte er vom Morgen bis zum Feierabend emsig mitgeschafft. Er hielt sich seinen Ziegelmeister, hatte aber die Arbeit ständig überwacht, jetzt unterließ er dies häufig, denn die Ziegelei war eine halbe Stunde von der Schmiede gelegen. Die Leute arbeiteten auf's Tausend. Sie lieferten jetzt mehr, es befand sich jedoch soviel Bruch darunter, daß Hermann Schaden hatte. Nun schalt er auf die Leute und drohte, sie allesamt fortzujagen, aber dadurch wurde nichts gebessert.

Ihr drittes Kind, einen Knaben, brachte Luise nach schweren Kämpfen zur Welt. Sie begrüßte es mit Tränen, denn sie sah, daß der Ruin ihrer Familie unausbleiblich war, wenn Ernst nicht aufhörte, seinen unheilvollen Einfluß auf seinen Bruder auszuüben. Als Luise krank und schwach zu Bett lag, zermarterte sie sich das Gehirn, wie sie ihren Mann retten könnte. Endlich beschloß sie, ihren Schwager so lange mit Bitten zu bestürmen, ihren Mann nicht länger zu beeinflussen, bis er ihr dies feierlich gelobte. Entgegenkommen bewegt, dachte sie:

„Er hat ja auch ein Herz, und wenn ich ihm sage, daß Gott es an seinen Kindern strafen wird, wenn er uns zugrunde richtet, wird er von Hermann ablassen."

Sobald Luise aufstehen konnte, tat sie den ersten Gang und dann ging sie geradenwegs in die „Goldene Sonne". Pauline sah ihre Freundin kommen und eilte ihr entgegen, wenn auch sie ihr von Eile sprechen war.

„Himmel, Luise!" rief sie erschrocken aus. „Wie kannst du nur so weit gehen! Komm in die Stube und setze dich auf das Kanapee. Minna, gib der Tante ne Fußbank und dann springe mal in die Küche. Du sollst dir einen Teller gute Brühe für die Tante geben."

„Ich danke für alles, Pauline," sagte die junge Wöchnerin leise. „Ich kann mich nicht aufhalten. Ich muß deinen Mann sprechen, und dann muß ich schleunigst wieder heim. Meine Arbeit wartet auf mich."

„Aber gute, allerliebste Luise, jetzt kannst du doch unmöglich arbeiten," rief die Gastwirtin entsetzt aus. „Du gehörst ins Bett. Du mußt gute Suppen essen und viel schlafen!"

Die junge Mutter schüttelte den Kopf und versicherte:

„Ich muß nichts von alledem, aber ich muß mit dem Schwager sprechen."

„O weh," murmelte Pauline mitleidig, „und der hat heut gerade seinen bösen Tag! Ruhe doch wenigstens erst aus," bat sie, „wenn man etwas mit frischen Kräften anfängt, gelingt es leichter."

„Du meinst es gut, Pauline," sagte Luise gedrückt, „und ich danke dir auch vielmals, aber Ruhe werde ich erst finden, wenn ich mit dem Schwager gesprochen habe. Wo ist er?"

„Er ist im Weinkeller," sagte die Gastwirtin. „Du weißt, er vertraut den Wein niemand an. Er füllt jede Flasche selbst ab."

Luise wandte sich zum Gehen. Sie wußte ja in der „Goldenen Sonne" gut Bescheid und brauchte keinen Führer.

Ernst stellte den sogenannten Wein aus Rosinen, Spirituosen, Zucker und Wasser her. Einem verwöhnten Gaumen mochte das Getränk nicht gemundet haben, aber die Landleute tranken es mit Genuß und hielten es für sehr stärkend und bekömmlich. Jedenfalls füllte er Erfolg für dieses [illegible] Gebräu. Als es das Produkt eines Feinschmeckers gewesen hätte, rungelte er unwillig die Stirn. Hatte man ihm dem Weinkeller nie und nirgends Ruhe? Als er die Stimme erkannte, rief er überrascht aus:

„Du bist es, Luise? Wenn du zu mir kommst, muß es einen triftigen Grund haben."

„Den hat es auch," entgegnete die Frau mit bebender Stimme. „Ernst, wir gehen alle zugrunde, wenn du nicht deine Wege nicht ändert."

„Sehr richtig!" dachte der Gastwirt [illegible]

„Wie Ihr Weiber immer übertreibt! Seit ich die Pauline geheiratet habe, stirbt sie alle Tage wenigstens einmal, aber sie wird trotzdem uralt werden. Aber ich bin ihr Weg [illegible] eine Klosterjungfer gelebt." Endlich sah ihm die Augen [illegible] aufgegangen, daß er Ein Mann ist, [illegible] und Mord."

(Fortsetzung folgt.)

Ein besonders „menschenfreundlicher" Vorarlber

[illegible] Schulterblatt und die Brauen zuckte, haben. Als sie in [illegible] mehrhafte Gestalten [illegible] kam [illegible] Kinder [illegible] Tätigkeit [illegible] Ohne jede Veranlassung [illegible] auf die Armen losgeschlagen, [

Danziger Nachrichten.

Die Danziger Delegation bleibt fest.

Ein Havasteleg**ramm vom heutigen Tage melde**t aus Paris, daß die Botschafterkonferenz die Behandlung des Danziger Abkommens fortgesetzt hat. Es wurde dabei von den Weigerungen der Danziger Delegation den ursprünglichen Entwurf abzuändern, sowie die Hand zur Verständigung zu bieten, Kenntnis genommen.

Eine Entscheidung ist demnach vom Botschafterrat noch nicht gefällt. Im übrigen verzerrt die Meldung in diesem Wortlaut die Tatsache. Wenn mit dieser Vorstellung versucht werden soll, die Danziger Delegation in ein unrechtes Licht zu setzen, so ist dies ein unfruchtbares Beginnen. Die Weigerung der Danziger Delegation besteht durchaus zu Recht und basiert auf die seitherige schriftliche Festlegung Botschafterkonferenz, daß der Konventionsentwurf endgültig sei und daran nichts geändert werden könne.

Verständigung im Baugewerbe?

Wie wir erfahren, haben die gestern nachmittag stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Organisationen bis tief in die Abendstunden gedauert. Die Verhandlungen für das Tiefbaugewerbe werden zu Mittwoch, und für das gesamte Hoch- und Tiefbaugewerbe zu Donnerstag, den 28. d. Mts., nachmittags, vertagt. In der gestrigen Verhandlung wurden zunächst einige Differenzpunkte die nach den Gesamtverhandlungen zurückgestellt.

Die Unternehmer waren bei den Verhandlungen stark vertreten, sogar eine größere Anzahl von ihnen war als Zuhörer erschienen. Daraus ist ersichtlich, daß die Unternehmer diesen Verhandlungen mehr Interesse entgegenbringen, als vordem. Besonders die Unternehmer, die Arbeit haben, scheinen darauf Wert zu legen, daß der Friede im Baugewerbe nicht gestört wird. Nur einige Drahtzieher, die keine Arbeit haben und denen das Allgemeinwohl gleichgültig ist, haben anscheinend kein Interesse an dem Ausgleich der Differenzen. Ihnen kommt es vielmehr darauf an, ihren Willen durchzusetzen und dann auch die unliebsame Konkurrenz zu beseitigen, da sie wissen, daß durch die dauernden Störungen im Betriebe, die nicht kapitalkräftigen Unternehmungen zu Grunde gehen müssen und sie dann allein das Feld beherrschen. Noch ist es nicht ersichtlich, welche Strömung in Arbeitgeberkreisen sich durchsetzen wird. Sollten sich die einsichtigen sozialdenkenden Unternehmer durchsetzen, dann dürfte der Frieden im Baugewerbe gesichert sein.

Die zurückgestellten strittigen Punkte sollen nicht so schwerwiegender Natur sein, als daß es bei einigermaßen gutem Willen der Unternehmer nicht zur endgültigen Verständigung kommen könnte.

Beilegung der Kleinbahnerbewegung.

Wie uns mitgeteilt wird, haben die Berliner Direktion der Kleinbahngesellschaft als auch die Arbeiter und das Fahrpersonal der Kleinbahn den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses anerkannt. Es steht nunmehr noch die Entscheidung der Angestellten und Beamten aus, doch dürfte auch deren zustimmende Entscheidung kaum noch zweifelhaft sein. Damit wäre der Konflikt, der beinahe zur Lahmlegung des Kleinbahnverkehrs geführt hätte, glücklicherweise vermieden.

Zur Unterbringung des Versorgungsamtes

wird uns geschrieben: Das Versorgungsamt Danzig, damals in kleinerem Umfang, ist seit Herbst 1919 in der ehemaligen Artilleriekaserne, Sandgasse, untergebracht. Inzwischen hat sich das Versorgungsamt, dem die Fürsorge für unsere Kriegsbeschädigten übertragen ist, ganz bedeutend vergrößert und wird eine noch bedeutendere Arbeit zu leisten haben, sobald das Reichsversorgungsgesetz in Vollzug gesetzt wird. Die jetzige Unterbringung des Amtes entspricht aber keineswegs den an eine solche Behörde zu stellenden Anforderungen. Die Räumlichkeiten sind in ihrer augenblicklichen Verfassung als Bureauräume im besonderen Hinblick auch auf die dort arbeitenden kriegsbeschädigten Angestellten nicht geeignet. Hinzu kommt die unglaubliche Verfassung der Räume: nicht schließende Fenster, ungenügende Beleuchtung, ganz mangelhafte Heizvorrichtungen. Im vergangenen Winter mußte der Arbeitsdienst wegen Kälte öfters ausfallen. Die Durchführung des ärztlichen Dienstes war in den kalten Räumen unmöglich. Die Korridore und Treppen sind dunkel. Die letzteren für unsere ratsuchenden Kriegsbeschädigten lebensgefährlich.

In dem Gebäude sind außerdem noch Unteroffizier- und Beamtenfamilien, Burschen, Kraftfahrer und Geschäftszimmer anderer Dienststellen in den einzelnen Stockwerken untergebracht. Eine räumlich ausgedehntere Belegung ist im gesundheitlichen und dienstlichen Interesse dringend erforderlich. Mit Rücksicht auf die vielen im Gebäude ein- und ausgehenden tuberkulösen Kranken ist es nicht angängig, daß auch Familien (Frauen und Kinder) in dem Gebäude des Versorgungsamtes wohnen. Ferner ist auf die Gefahr der Uebertragung schwer ansteckender Krankheiten durch aus der Gefangenschaft zurückkommende Heimkehrer hinzuweisen.

Der Leiter des Versorgungsamtes berichtet seit vielen Monaten über das Unhaltbare dieser Zustände. Der Reichs- und Staatskommissar begutachtete und der Staatsrat bekundete. Darüber hinaus ist aber bis jetzt noch nichts geschehen. Einen zweiten Winter kann in den schlecht beleuchteten Kasernenstuben ohne genügenden Fenster- und Türschluß sowie ohne ausreichende Heizung die Bureautätigkeit und der ärztliche Dienst des Versorgungsamtes nicht fortgesetzt werden. Wie wir hören wird von der Reichsregierung bereits die Verlegung des Versorgungsamtes nach dem Reich und die Einstellung seiner Tätigkeit im Freistaat erwogen. Wenn die Reichsregierung sich seinerzeit bereit gefunden hat ein Versorgungsamt in Danzig zu belassen, so ist dies ausschließlich im Interesse der die Danziger Staatsangehörigkeit besitzenden Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebenen geschehen.

Bei der Wichtigkeit dieser Behörde für zahlreiche im Freistaatgebiet wohnende Kriegsopfer zu sorgen, muß angenommen werden, daß nun endlich der Staatsrat einen durchgreifenden Entschluß faßt, um das Versorgungsamt Danzig zweckmäßig unterzubringen.

Mandatswechsel im Volkstag. Für den ausgeschiedenen Genossen Abg. Meerwald ist der Genosse Lehrer Otto Beyer als Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung erklärt.

Krankenernährung. Verlängerungsscheine für ärztliche Atteste, die bei der Hauptstelle für Krankenernährung abgeholt werden, können nur auf Grund des letzten Benachrichtigungsschreibens verabfolgt werden. Zur Erleichterung des Betriebes und schnellen Abfertigung des Publikums ist die Vorzeigung dieses Schreibens unerläßlich.

Amtliche Auskunft in Zollfragen. In der letzten Zeit haben sich häufig Vertreter von Firmen aus dem deutschen wie außerdeutschen Ausland an Zollämter und einzelne Zollbeamte um Auskunft über die zur Anwendung kommenden Zollsätze gewandt und bei Irrtümern oder Mißverständnissen der die Auskunft erteilenden Beamten gegen die Zollverwaltung Ansprüche auf Zollermäßigung oder Zollerlaß geltend gemacht. Die Zollverwaltung lehnt solche Ansprüche grundsätzlich ab, da nach einem auch heute noch für Danzig geltenden Bundesratsbeschluß vom 20 Januar 1898 **nur die auf schriftlichen Antrag von der Oberzolldirektion schriftlich erteilten Auskünfte rechtsverbindliche Kraft haben.** Zur Vermeidung von Verlusten muß daher dringend davor gewarnt werden, sich in Zollfragen auf andere als die von der Oberzolldirektion erteilten amtlichen Auskünfte zu verlassen.

Mitgliederversammlung des 2. Bezirks. Der 2. Bezirk hielt am 22. d. Mts. in der Aula der Petrischule seine Mitgliederversammlung ab. Genosse Klossowski hielt einen Vortrag über politische Tagesfragen. Der höchst interessante Vortrag wurde von der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Hieran schloß sich eine rege Diskussion. Genosse Marquardt erstattete sodann den Kassenbericht vom 3. Quartal. Ein Antrag auf Entlastung des Kassierers wurde angenommen. Besprechungen über weitere Parteifragen nahmen die Mitglieder bis gegen 10 Uhr in Anspruch.

Mitgliederversammlung des Sozialdemokratisch. Vereins Danzig-Stadt

heute, **Dienstag**, den 26. Oktober, abends 6½ Uhr, bei **Steppuhn**, Karthäuser Straße.

Tagesordnung:

1. Bericht vom deutschen Parteitag. Frau Abgeordnete Wohlgemuth.
2. Vortrag des Genossen Gehl: „Die Strangulierung des Parlaments."
3. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Untergang der Kultur? Ueber diese durch Spenglers bekanntes Werk: „Der Untergang des Abendlandes" brennend gewordene Frage wird Herr Paul Olivier am Mittwoch, den 27. d. Mts., abends 7 Uhr, in der Aula des Städt. Gymnasiums, Winterplatz, im Auftrage des Deutschen Monistenbundes, Ortsgruppe Danzig, sprechen. Der Vortrag ist öffentlich. Anschließend soll eine Diskussion stattfinden.

Zum Besten der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen veranstaltete der Kreisbeamtenverein des Kreises Danziger Höhe am letzten Sonnabend im Etablissement Dreischweinsköpfe ein Wohltätigkeitsfest. Der Verein hofft der Fürsorgestelle des Kreises Danziger Höhe einen Reinertrag dieses Festes in Höhe von 2700 Mark zur Verfügung stellen zu können.

Ein Danziger Frauenchor ist am letzten Sonntag in einer zahlreich besuchten Versammlung gegründet worden. Der Zweck dieser Gründung ist das Studium und die Aufführung der musikalisch wertvollen Werk für vielstimmigen Frauengesang (Chor und Quartett). Die anwesenden Frauen, unter denen sich zahlreiche in Danzigs Musikleben bekannte Sängerinnen befanden, traten dem neugegründeten Verein bei.

Polizeibericht vom 26. Oktober 1920. Verhaftet: 9 Personen, darunter 1 wegen Betruges und 8 in Polizeihaft. — Gefunden: Ausweispapiere für Ernst Hohmann; 1 Paket mit 6 neuen Wirtschaftsschürzen; 4 Schlüssel am Ringe; 1 Schlüssel mit Messingschild; 1 silberner Armreif mit Inschrift; 1 goldener Herrenring mit Monogramm; 1 goldener Trauring mit Firmenstempel, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums. 1 Federkasten mit Inhalt, abzuholen von Frl. Irma Töpfer, Hauptstraße 15. 1 loser kleiner Geldbetrag, abzuholen von Walter Warmuth, Kl.-Hammerweg 5 bei Troska. 1 schwarzer Spitzenschal, abzuholen von Frau Gertrud Arndt, Am brausenden Wasser 3 b. 1 braune Hemde, abzuholen von Herrn Postschaffner Czeske, Kaninchenberg 12 b.

S. P. D. Parteinachrichten.

Verein Arbeiterjugend. Mittwoch, den 27. Oktober, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Am Trendhaus 6 (Hof, 2. Gebäude):

Heimabend.

Vollzähliger Besuch wird erwartet. Neue Freunde und Freundinnen sind willkommen.

Aus den Gerichtssälen.

Beim „billigen" Schirmeinkauf. Wegen Mittäterschaft an einem Schirmdiebstahl hatte sich der Heizer Emil W. in Danzig vor der Strafkammer zu verantworten. Mit einer andern Person, die er nicht nennen will, ging er in ein Danziger Schirmgeschäft und ließ sich dort Schirme zum Kauf vorlegen. Die Absicht war aber, einen Schirm nicht zu kaufen, sondern zu stehlen. Die zweite Person benutzte einen unbewachten Augenblick, um einen Schirm in sein Hosenbein zu stecken. Hierauf entfernten sich die beiden aus dem Geschäft. Die Verkäuferin bemerkte aber sofort den Diebstahl und ging auf die Straße, wo sie einen Sicherheitsbeamten traf, der den P. verhaftete. Die zweite Person hatte inzwischen den Schirm wieder aus dem Hosenbein genommen und ihn einem Dritten übergeben, der mit dem Schirm die Flucht ergriff. Das Gericht verurteilte W. zu 9 Monaten Gefängnis.

Für den Bruder wegen Diebstahls verurteilt. Der Fleischer Albert Bluhm in Groß-Saalau war vom Schöffengericht wegen Diebstahls an einem Ochsen zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Ochse war nachts auf einem Gute gestohlen worden und die Spur führte auf das Gehöft des Angeklagten, wo man auch den Ochsen vorfand. Bluhm bestritt den Diebstahl und beteuerte, nicht zu wissen, wie der Ochse nachts auf sein Gehöft gekommen sei. Das Gericht sah diese Entschuldigung des Angeklagten als Ausrede an. Auch das Berufungsgericht und das Reichsgericht bestätigten dieses Urteil. Der Antrag auf ein Wiederaufnahmeverfahren wurde abgewiesen. Bluhm blieb als Ochsendieb verurteilt, während der wirkliche Täter dem Verurteilten nicht fern stand. Es war der Bruder des Verurteilten. Diesem ließen seine Gewissensbisse keine Ruhe, bis er erklärte, daß er der Dieb sei. Er habe den Ochsen nachts gestohlen und sei plötzlich von Reuen befallen worden. Er befand sich gerade in der Nähe des Gehöftes seines Bruders und stellte hier den Ochsen ein und verschwand. Der Bruder des Verurteilten wurde wegen Brand dieses glaubhaften Geständnisses vom Schöffengericht verurteilt. Nun mußte auch dem Antrage des Verteidigers des unschuldig Verurteilten auf Wiederaufnahme des Verfahrens stattgegeben werden. Die Berufungsstrafkammer hatte sich mit der Sache zu beschäftigen. Nach dieser Sachlage erfolgte, dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, die Freisprechung wegen erwiesener Unschuld. Der Angeklagte hat die Strafe noch nicht verbüßt, obwohl sie rechtskräftig war, da die Verhandlungen sich hinzogen.

Aus dem Freistadtbezirk.

Oliva. Es kommt auf die Petroleummarke vom 25.—31. Oktober 1920 in den bekannten Geschäften Petroleum zum Verkauf. Jeder erhält ein Liter Petroleum zum Preise von 4,10 Mark. Wer das ihm zustehende Petroleum bis zum 27. d. Mts., abends 5 Uhr nicht abgeholt hat, verliert das Anrecht darauf.

Praust. Laut Beschluß des Kreistages vom 20. Oktober d. Js. ist beabsichtigt, an die minderbemittelte Bevölkerung Kartoffeln und Brennmaterial unentgeltlich abzugeben. Als unbemittelt gelten: Armengeldempfänger, Invaliden- und Altersrentenempfänger, Kriegshinterbliebene, Kriegsbeschädigte, Hospitalisten, die Familien der noch in Gefangenschaft befindlichen Soldaten, von der Tuberkulosenfürsorgestelle bezeichnete Kranke, die Erwerbslosenunterstützungsempfänger, Pensionäre und Rentner, soweit sie bedürftig sind. Wer auf die Lieferung Anspruch erhebt, hat ein Antragsformular genau und gewissenhaft auszufüllen und bis spätestens Sonnabend, den 30. Oktober d. Js. auf dem Gemeindeamt einzureichen. Nach dem genannten Tage eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden. Formulare zu den Anträgen können auf dem Gemeindeamt während der Dienststunden in Empfang genommen werden.

Standesamt vom 26. Oktober 1920.

Todesfälle: S. d. Arbeiters Johann Schenk, 1. J. 1 M. — T. d. Arbeiters Karl Deutschmann, 3 M. — Privatier Hermann Haeske, 70 J. 1 M. — Töpfer Franz Hoffmann, 59 J. 7 M. — Frau Anna Fest geb. Hirschfeld, 76 J. 4 M. — Invalide Jakob Schulz, 66 J. 3 M. — Invalide Anton Kiepke, 83 J. 10 M. — Fischer Rudolf Hallmann, 22 J. 6 M. — Witwe Wilhelmine Ewert geb. Wiedenberg, 80 J. 1 M. — T. d. Tischlergesellen Hermann Lux, 1 Tag. — Witwe Agnes Lemke geb. Krajewski, 4 J. 9 M. — Witwe Alwine Rähmel geb. Rehfuß, 66 J. 9 M. — Unehelich: 1 Sohn.

Wasserstandsnachrichten am 26. Oktober 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Zawichost	+1,00	+1,00	Kurzebrack	+1,17	+1,10
Warschau	+0,98	+0,98	Montauerspitze	+0,38	+0,38
Schönau	+6,64	+6,64	Piechel	+0,28	+0,28
Galgenberg	+4,60	+4,59	Dirschau	+0,28	+0,29
Neuhorsterbusch	+2,02	+2,02	Einlage	+2,20	+2,10
Thorn	+0,40	+0,40	Schiewenhorst	+2,42	+2,26
Fordon	+0,31	+0,30	Wolfsdorf	—0,20	—0,28
Culm	+0,24	+0,21	Anwachs	+0,97	+0,91
Graudenz	+0,38	+0,36			

Letzte Nachrichten.

Zur Besetzung des Ruhrgebietes.

Amsterdam, 25. Okt. (W. T. B.) Auf der Monatsversammlung der Leitung des internationalen Gewerkschaftsverbandes kam es zu einer eingehenden Erörterung der Folgen, die eine eventuelle Besetzung des Ruhrgebiets durch die Ententetruppen für die Weiterentwicklung der mitteleuropäischen Lage haben könnte. Auf Ersuchen der Verbandsleitung nahmen an der Besprechung der Vorsitzende Legien und der zweite Vorsitzende Traumann vom Deutschen Gewerkschaftsbund teil. Es wurde beschlossen, daß noch im Laufe dieser Woche eine Abordnung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsverbandes sich nach dem Ruhrkohlengebiet begeben soll, um sich dort über den Stand der Dinge zu informieren.

Monopolisierung der Rohstoffe.

Brüssel, 24. Okt. Unter den Schriftstücken, mit denen der Völkerbundrat sich zu befassen haben wird, befindet sich ein Bericht Tittonis, der auf die schlechte Verteilung der Rohstoffe hinweist. In den Schlußfolgerungen dieses Berichts schlägt Tittoni vor, einen Ausschuß zu bilden, der diese Frage prüfen und bestimmte Vorschläge ausarbeiten soll, um die Monopolisierung der Rohstoffe durch die einzelnen Regierungen zu regeln oder durch einen großen zwischenstaatlichen Trust zu verhindern, daß die Verteilung der Rohstoffe in unregelmäßiger Weise erfolgt. Allen Staaten soll eine gerechte und gleichmäßige Behandlung in kommerzieller Hinsicht gewährt werden. Es wäre im höchsten Grade unvorsichtig und gefährlich, die Welt vor ein Dilemma zu stellen, das einerseits die Ausbeutung der Menschheit gegen eine ungeheure kapitalistische Verbindung und andererseits die schrecklichen Abwege des Kommunismus und der Anarchie hervorrufen würde. Zu Ehren der Menschheit und zur Wahrung der Zivilisation müssen andere Wege gefunden werden und der Friede und die Gerechtigkeit müsse allen Völkern durch den Völkerbund gesichert werden.

Wenn man sich der Auffassung des italienischen Staatsmannes, daß alle Staaten eine gleichmäßige Behandlung in wirtschaftlicher Hinsicht erfahren müssen, nur anschließen kann, so hängt die Durchführung dieser Forderung bei der kapitalistischen Gestaltung der Weltwirtschaft durchaus in der Luft.

Die Sicherung des Friedens und der Gerechtigkeit für alle Völker erfährt besonders in diesen Tagen der Vergewaltigung Wilnas und der Versicherung Danzigs bezeichnende Illustrationen.

Deutsche Erweiterung der Gewerbegerichte.

Berlin, 25. Okt. (W. T. B.) Der Reichsrat hat eine Verordnung angenommen, die die Zuständigkeitsgrenze der Gewerbegerichte und der Kaufmannsgerichte von 15 auf 25 000 Mark erhöht.

Regierungsvorschläge im Bergarbeiterstreik.

London, 25. Okt. Den Blättern zufolge soll ein von der Regierung an die Bergleute gerichteter Vorschlag eine Lohnerhöhung um 2 Schilling und eine bedeutende Steigerung der Kohlenerzeugung ermöglichen. — Im Unterhause führte heute abend Lloyd George aus, er hoffe, daß durch die jetzigen Unterhandlungen ein Unterhaltungsausschuß zur Erhöhung der Kohlenerzeugung unnötig werden wird.

Stillegung der Hamburger Werften?

Aus Hamburg wird gemeldet, daß vor dem Putzerstreik sämtliche Hamburger Werften betroffen worden sind. Die Leitung der Deutschen Werft hat beschlossen, ihre Betriebe gänzlich zu schließen. Auch die übrigen Werften werden dieses tun, wenn der Ausstand nicht schnellstens beendet wird.

Aus den Gerichtssälen.

Der [illegible] einer Plünderung. [illegible]

Verurteilung einer Bankeinzahlung. [illegible]

Ein [illegible] Mißerfolg. [illegible]

Gewerkschaftliches.

Konferenz der Gemeinde- und Gemeindeverbandsangestellten. [illegible] der Zentralverbände der Gemeinden [illegible] aus allen Teilen des Reiches [illegible] Stellung gegen [illegible] vom 2. August 1920 [illegible] Die [illegible] der Tarifverträge vom 2. August [illegible] Die [illegible] des Berufs „Tarifangestellter" [illegible] Die Bezahlung der Stände, [illegible] Die Einreihung der Angestellten unter die Beamtengruppen [illegible]

Der Abschluß eines Reichstarifs (Manteltarifs) mit dem Arbeitgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände wurde unter nicht grundsätzlich abgelehnt, seine Annahme aber von dem Verhandlungsergebnis abhängig gemacht. Besonderer Wert wird dabei auf ein verbesserte Mitbestimmungsrecht gelegt.

Die Konferenz hielt die baldige **Schaffung einer freigewerkschaftlichen Beamtenorganisation** für dringend notwendig.

Eine Zusammenschließung im Industrieverbande wurde abgelehnt, dagegen wird ein engeres Zusammenarbeiten mit den Gemeindearbeitern für unbedingt notwendig erhalten.

Protestiert wurde gegen die Willkür der Aufsichtsbehörden, den Gemeinden und Gemeindeverbänden den Tarifvertrag für die Angestellten der Reichs- und Preußischen Staatsverwaltungen aufzudrängen, um dadurch den Abschluß günstigerer Tarife unmöglich zu machen.

Ein Antrag auf die Schaffung von Berufsamtsschulen für Angestellte fand Annahme.

Einheitsorganisation der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten.

In der Pfingstwoche fanden an gleicher Stelle aber zunächst in getrennten Sälen, der Verband der Hotel- [illegible] der Verband der Köche und der Bund der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten [illegible] die von dem größten Teil der Verbandsangehörigen bejahrte Gewerkschaftsorganisation der gastwirtschaftlichen Angestellten herbeizuführen. Um es gleich vorweg zu nehmen: Das große Werk ist gelungen! — Wenn auch nach sehr temperamentvollen Verhandlungen, welche mehr als einmal an einem kritischen Punkte angelangt zu sein schienen. Die endgültige Fassung erfolgte auf der Basis daß allerdings nur der Verband der Gastwirtsgehilfen restlos in der Einheitsorganisation aufgegangen ist, während der Verband der Köche sowohl als der Bund der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten als reine Fachverbände mit Ausschluß jeder gewerkschaftlichen Tendenz weiterbestehen können. Um das Werk der Zusammenfassung aller als Arbeitnehmer [illegible] Mitglieder der drei Verbände in der Einheitsorganisation zu vereinfachen, geschah es in [illegible] zwischen den gewerkschaftlichen und dem, von den betreffenden Verbänden bisher [illegible] Teil ihrer Aufgaben. Der Verband der Gastwirtsgehilfen, der von jeher nur reine Gewerkschaft gewesen war konnte also ohne Bedenken restlos in der Einheitsorganisation aufgehen, der er ewig seinen Stempel aufdrücken wird, wie er auch der Vorkämpfer derselben war zum Wohle aller Angestellten im Gastwirtsgewerbe.

Da also die bisherigen Arbeitnehmerverbände des Verbandes der Köche und des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten den Schritt zur gewerkschaftlichen Einheitsorganisation weder mitmachen [illegible] werden, wird der neugegründete Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, der am 1. Januar 1921 in Kraft tritt, zunächst noch nicht ganz die Hunderttausend erreichen; es ist jedoch zu hoffen, daß die Werbekraft des neuen Verbandes eine solche sein wird, daß diese stolze Ziffer recht bald erreicht ist.

Aus aller Welt.

Raub einer Stationskasse.

Auf dem Bahnhof Bad Sachsa erschienen am Montag vier schwer bewaffnete Männer und forderten die Herausgabe der Stationskasse. Da die Beamten keinen Widerstand leisten konnten, mußten sie das vorhandene Geld herausgeben. Die Täter entkamen.

Eine „Kinderwoche" in Sowjetrußland.

Ein Dekret der Sowjetrepublik ordnet die Organisation einer Woche für Kinderfürsorge in Sowjetrußland an, da es dringend notwendig ist, durch Opferung von Kleidungsstücken, Wäsche und Lebensmitteln den Gesundheitszustand der Kinder in Stadt und Land zu heben. Zugleich soll eine Propaganda für sozialistische Kindererziehung und für Heranziehung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen zum Erziehungswerk betrieben und die bestehenden Kinderanstalten verbessert werden.

Bücherwarte.

Das erste Danziger Handels-Adreßbuch ist soeben im Verlag der Firma „Der Osten", Verlagsgesellschaft m. b. H., Danzig (Langenmarkt 15) erschienen. Bei der großen Bedeutung, die Danzig für den Handel von Osteuropa, und besonders von Polen jetzt hat, besteht in weitesten Kreisen das Bedürfnis, sich über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Danzig und über die in Danzig vorhandenen Handelsfirmen zu unterrichten. Diesem Bedürfnis soll das soeben erschienene Handels-Adreßbuch entgegenkommen. Sein Wert wird dadurch erhöht, daß im Branchenverzeichnis sämtliche Branchen in deutscher, polnischer und englischer Sprache wiedergegeben sind. Das Buch enthält Abhandlungen über Danzigs Handel, Industrie und Schiffahrt, verschiedene wichtige Angaben über die Einrichtungen, die für den Kaufmann von Bedeutung sind, und ein alphabetisches Verzeichnis sämtlicher Danziger Firmen. Hoch willkommen dürfte auch wohl die Beigabe von zwei Karten über den Danziger Hafen sein, in der die wichtigsten Speicher und deren Besitzer oder Mieter angegeben sind. Ein umfangreicher Anzeigenteil bildet eine weitere wertvolle Beigabe des Buches, das 264 Seiten stark geworden ist. Der Preis beträgt 5 deutsche Mark.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Fritz Weber, für die Inserate Bruno Ewert, beide in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl u. Co., Danzig.

Sil

macht die Wäsche frisch und duftig.
Bestes
Wasch- und Bleichmittel
[illegible] 2.— und reicht für
60—70 Ltr. Lauge.
Henkel & Cie., Düsseldorf.
Fabrikanten von Henkel's Bleich-Soda.

Buchhandlung Volkswacht
J. Gehl & Co., Danzig,
Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Neu erschienen und durch unsere Buchhandlung zu beziehen:

Illustrierter Neue Welt-Kalender für das Jahr 1921
43. Jahrgang

[illegible]

Preis 2.25 Mk. und 50 Pfg. Teuerungszuschlag.

Die Zeitungsträgerinnen nehmen Bestellungen entgegen. — Beim Versand durch die Post sind außerdem 40 Pfg. [illegible] Porto mitzusenden.

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Scharer.
Dienstag, den 26. Oktober 1920, abends 7 Uhr
Dauerkarten C 2.
Armut
Ein Trauerspiel in fünf Aufzügen v. Anton Wildgans
In Szene gesetzt von Oberspielleiter Hermann Metz
Inszenierung: Emil Werner.
Ende 9¾ Uhr.

Mittwoch, den 27. Oktober, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 2. **Der Mikado oder Ein Tag in Titipu.** Burleske-Operette in 3 Akten von W. S. Gilbert. Musik von Arthur Sullivan.

Donnerstag, den 28. Oktober 1920, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2. **Bettinas Verlobung.** Lustspiel in 3 Akten von Leo Lenz.

Freitag, den 29. Oktober 1920, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 1. **Die toten Augen.** Eine Bühnendichtung von Hans Heinz Ewers. Musik von Eugen d'Albert.

Sonnabend, den 30. Oktober 1920, abends 6 Uhr. Neu einstudiert. **Julius Cäsar.** Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.

Neues Operetten-Theater
(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Besitzer u. Direktor Paul Bansmann.
Künstl. Leitung: Dir. Sigmund Konstadt.
Heute Dienstag, den 26. Oktober
Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr Anfang. Kassenöffnung 6 Uhr.
„Die Kinokönigin"
Operette in 3 Akten von Georg Okonkowski und Julius Freund.
Musik von Jean Gilbert.
Morgen Mittwoch, d. 27. Oktober
Der letzte Walzer.
Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr bei Kodlin, Langermarkt 23 und von 10—1 Uhr im Warenhaus Freymann. Sonntags v. 9—2 an d. Theaterkasse.
In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle"

Städt. Gymnasium — Aula
Deutscher Musikverein, Ortsgr. Danzig
Mittwoch, den 27. Oktober, abends 7 Uhr:
Paul Olivier:
Untergang der Kultur?
Eintritt 2 M. Mitglieder frei. — Diskussion.

Danziger Hof
Montag, Mittwoch, Freitag
Tanztee mit Tanzvorführungen
im oberen Parkettsaal
Kapelle Steffie
4 Uhr 4 Uhr
(2551

Gedania-Theater
Schüsseldamm 53/55.
Achtung! Nur 3 Tage! Achtung!
Der hervorragende Spielplan!
Der erste Ellen Richter-Monumental-Film
„Maria Tudor"
Königin von England.
Drama in fünf Akten.
Das 33. Abenteuer des berühmten Detektivs
Stuart Webbs
Das verschwundene Modell
in 4 großen spannenden Akten.
Stuart Webbs . . . . . Ernst Reicher.
Lustspiel-Einlage! (2564

Wirksames Inserationsorgan.

+RHEUMA+
Gicht, Ischias, Lähmungen, Neuralgie, sämtliche chronische und akute Leiden.
Moderneste Spezial-Behandlung.
Nachweislich ausgezeichnete Heilerfolge.
Aerztlich geleitete Naturheilanstalt.

Bibliothek
der freien Gewerkschaften,
Kalkgasse 8
Geöffnet Montags, Mittwochs und Sonnabends von 6 bis 1/2 8 Uhr
Den Mitgliedern der freien Gewerkschaften zur unentgeltlichen Benutzung empfohlen
Ausweis: Mitgliedskarte oder Buch

Karbid,
Fahrräder, Nähmaschin. u. sämtliche Ersatzteile, Gummi, Eiserne Oefen Reparaturen,
werd. schnellstens zu mäßig. Preisen ausgeführt. (2565
L. Fenselau,
Petersiliengasse Nr. 9
am Fischmarkt, Tel. 1112.

Volksfürsorge,
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Kein Policenverfall.
— Sterbekasse. —
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Rasierseife
hochschäumend
Fabrikant Wolff & Sohn
Karlsruhe
Stück 3,50 Mark
solange Vorrat reicht
empfiehlt (2491
Drog. am Dominikanerplatz
Junkerg. 12, a. d. Markth.

In Kochtöpfe
werd. neue Böden eingesetzt alle Klempnerarb. preisw.
G. Plotzki, Klempnermstr.,
Schüsseldamm Nr. 11. (2416

Verlangen Sie die „Volksstimme" in den Gaststätten!

Neuerscheinung.
Von Kiel bis Kapp
Zur Geschichte der deutschen Revolution
von Gustav Noske
Preis 30.— Mark
Buchhandlung »Volkswacht«
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Rat und Auskunft
in wirtschaftlichen Fragen erteilt allen Frauen und Mädchen jeden Mittwoch von 5—7 Uhr abends (†
Die Frauenkommission der S. P. D.
4. Damm 7 a, Zimmer 4.